

Kanton lässt Reinacher Projekt fallen

Polizeistützpunkt soll nach Arlesheim zügeln – Reinach fühlt sich vor den Kopf gestossen

BaZ 27.5.2010



Zu klein. Die Kantonspolizei Baselland hat an der Landererstrasse in Reinach zu wenig Platz und will nun möglichst rasch an einen neuen Standort. Foto Mischa Christen

SUSANNA PETRIN

Seit vier Jahren plant Reinach mit dem Kanton eine neue Überbauung auf dem alten Werkhof. Der zweitgrösste Polizeistützpunkt des Baselsbiets sollte dort dereinst Einzug halten. Nun hat der Kanton seine Pläne aber geändert – ohne die Gemeinde rechtzeitig zu informieren.

Zwei zunächst harmlos tönende Sätze erschüttern die Beziehung zwischen der Baselsbieter Regierung und der Gemeinde Reinach. In einer Landratsvorlage vom 4. Mai beantragt die Regierung einen Nachtragskredit von 100 000 Franken mit folgender Begründung: «Die Polizei Baselland soll im Schoren Areal (ehemals Swisscom-Gebäude) einen neuen Posten einrichten. Das bisherige Projekt wird damit sistiert.»

Mit dem «bisherigen Projekt» ist der Einzug der Kantonspolizei in einen Neubau auf dem alten Werkhof in Reinach gemeint. Dort sollte der neue Polizeistützpunkt für den Westteil des Baselsbiets einziehen. Seit rund vier Jahren treffen sich Kantons- und Gemeindevertreter deshalb regelmässig an Planungssitzungen. Doch bis vorgestern Morgen wusste Reinachs Gemeindepräsident Urs Hintermann offiziell

nichts von den neuen Plänen der Regierung.

Davon Wind hatte Hintermann aber einige Tage zuvor bekommen, als einige Landräte aus der Finanzkommission ihn anriefen und um Auskunft baten. Er war von der neuen Nachricht überrascht und überrumpelt. Ein Brief der Regierung traf schliesslich am Dienstagnachmittag ein. Hintermann ist verärgert über diesen Kommunikationsstil: «Das ist ein unanständiger Umgang mit einem Partner.» Es dürfe doch nicht sein, dass Reinach nicht informiert werde, bevor so eine Vorlage öffentlich aufgeschaltet und in der Finanzkommission behandelt wird.

Mit noch schärferen Worten kritisieren einige Mitglieder der Finanzkommission das regierungsrätliche Vorgehen. «Es ist eine Ungeheuerlichkeit, was da offenbar abgeht», sagt Landrat Ruedi Brassel (SP). Es zeuge von Schnoddrigkeit und Arroganz, dass der Kanton seine Absichten nicht als allererstes mit denjenigen bespricht, mit denen er gemeinsam plant. Auch Klaus Kirchmayr (Grüne) hält die Vorgehensweise der Regierung für «unanständig». Hinzu komme, dass es äusserst fragwürdig sei, wenn diese «per Nachtragskredit polizeistrategische Änderungen

durchzubringen versucht». Ähnlich sieht es Landrätin Marianne Hollinger (FDP): Sie würde bei diesem Kredit ein «Mitspracherecht der Sicherheitskommission» für sinnvoll halten. «Ausserdem möchte ich zunächst die Meinung von Reinach und den umliegenden Gemeinden kennen.»

REGIERUNG SAGT SORRY. «Da ist etwas nicht optimal gelaufen, was ich bedauere», lässt Sicherheitsdirektorin Sabine Pegoraro ausrichten. Es sei tatsächlich versäumt worden, den Brief an Reinach rechtzeitig abzuschicken. Die Sicherheitsdirektion (SiD) habe zunächst den Entscheid der Gesamtregierung zum Nachtragskredit abwarten müssen. Doch darauf hätte man Reinach rascher informieren sollen.

Die Chance, ein Gebäude in Arlesheim gleich bei der Autobahnzufahrt beziehen zu können, habe sich erst vor Kurzem eröffnet, erläutert Stephan Mathis, Generalsekretär der SiD. Diese Chance wolle der Kanton wenn möglich packen, denn die geplante Überbauung in Reinach werde durch das laufende Referendum wenn nicht gekippt, so doch verzögert. «Und am jetzigen Standort sind die Platzverhältnisse für die Polizei prekär.»

Zweitens habe Reinach nicht Hand geboten zu einer Zusammenführung von Gemeinde- und Kantonspolizei in einem Gebäude. Drittens ändere eine Verschiebung des Stützpunkts an einen nahen, verkehrstechnisch besser gelegenen Ort nichts an der vom Landrat abgesehenen Polizeigesamtstrategie. «Der normale Polizeiposten bleibt in Reinach, die Grundversorgung wird nicht geschmälert», beschwichtigt Mathis Sorgen der Gemeinde und einiger Landräte, die einen Verlust an Polizeipräsenz im Dorf fürchten.

«UNZUMUTBAR». Ein Teil dieser Aussagen irritiert wiederum Hintermann. Ein Referendum gehöre zum demokratischen Prozess. Man habe der Polizei im Januar «den Einzugsstermin 2014 mitgeteilt» – und nie eine Rückmeldung erhalten, dass dies zu spät sei. Im Gemeindezentrum sei genug Platz für die Gemeindepolizei, zudem sei eine Verschiebung «unzumutbar», wenn der Kanton zugleich «Projekte zu deren Abschaffung lanciert». Immerhin eine Sorge hat Hintermann nicht: «Das Projekt alter Werkhof ist wegen der Kapo nicht gefährdet, wir fänden problemlos andere Mieter.» Der umstrittene Kredit kommt im Juni vor den Landrat.